

TÜBINGEN

SPD

2019

**Gemeinderatswahl
in Tübingen**
Wahlprogramm

www.spd-tuebingen-2019.de

Inhalt

Vorwort	5
SPD Wahlprogramm Teil 1 – Soziale Gerechtigkeit	
1. Bezahlbaren Wohnraum schaffen	6
2. Familien stärken	8
3. Gerechte Bildung	9
4. Unterstützung im Alter, sichere Pflege	11
SPD Wahlprogramm Teil 2 – Solidarität und Teilhabe	
5. Stadtteilentwicklung – Mehr Teilhabe in den Quartieren	13
6. Integration	14
7. Inklusion	15
8. Gleichstellung	17
SPD Wahlprogramm Teil 3 – Innovation	
9. Erfolgreicher Wirtschaftsstandort	18
10. Umwelt, Natur und die Wachstumsdebatte in Tübingen	19
11. Digitale Agenda für Tübingen	21
12. Verkehr und Mobilität in Tübingen: umweltfreundlich und bezahlbar	22
13. Europa in der Kommune	24
SPD Wahlprogramm Teil 4 – Eine lebendige Stadt	
14. Kunst... Kultur... Bildung...	25
15. Freizeit und Sport	26
16. Jugendpolitik und Nachtleben	28
SPD Wahlprogramm Teil 5 – Starke Teilorte	
17. Starke Teilorte prägen das Tübinger Gemeinwesen	29



Soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Innovation – in einer lebendigen Stadt

Nicht nur in Deutschland droht die Gesellschaft auseinanderzudriften. Auch wenn in Tübingen die Spanne zwischen arm und reich vergleichsweise klein ist: Wir sehen die wachsende Zahl von Menschen, die nur mit großer Mühe ihren Alltag bewältigen, die von Wohnraumknappheit betroffen, von sozialer und kultureller Teilhabe ausgeschlossen oder von Armut bedroht sind. Wir, die SPD, wollen dagegenhalten, für Ausgleich sorgen und denjenigen, die Unterstützung brauchen, eine Stimme in dieser Stadt geben.

Dazu haben wir in den letzten 5 Jahren unter anderem:

✓ Bildungsgerechtigkeit zu einem zentralen Thema gemacht.

Auf dem Weg zur kostenfreien Kita für alle haben wir zunächst diejenigen stark entlastet, die ein geringes Einkommen haben. Wir haben uns für Ganztagschulen eingesetzt und die Schulsozialarbeit ausgebaut. Die Gemeinschaftsschule haben wir gestärkt und eine eigene Oberstufe ermöglicht.

✓ Kinderarmut bekämpft.

Wir haben den Runden Tisch „Kinderarmut“ und die dort entwickelten vielfältigen Maßnahmen zur Armutsprävention unterstützt. Sie sind bundesweit beispielhaft: etwa die vielen Leistungen der BonusCard, die BonusCard Extra und das Tricky-Ticket.

✓ Stadtteil- und Familientreffs ermöglicht.

Begegnung, Solidarität und Unterstützung, das leisten die Angebote der Stadtteil- und Familientreffs. Inzwischen gibt es in Tübingen 12 Stadtteiltreffs, die das Leben in den Stadtteilen bereichern, den Dialog unterschiedlicher Gruppierungen fördern und konkrete Hilfeleistungen anbieten.

.....

Diese Themen bleiben wichtig. Aber es gibt neue Herausforderungen. Für die zukünftige Politik im Gemeinderat setzen wir zusätzlich folgende Schwerpunkte:

■ Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen

Wohnraum ist in der „Schwarmstadt“ Tübingen das Thema Nummer 1. Das Programm „Fairer Wohnen“ ist eine gute Grundlage. Die SPD wird auf die schnelle und konsequente Umsetzung drängen und sich für die Bebauung des Saiben einsetzen.

■ Ökologisch vertretbare, nutzerfreundliche Mobilität voranbringen

Ökologisch vertretbare Mobilität ist die notwendige Ergänzung zum Wohnraumprogramm. Nicht alle, die in Tübingen arbeiten, können und wollen hier auch wohnen. Nur mit einem gut ausgebauten ÖPNV ist diese Herausforderung zu bewältigen. Wir setzen auf die Regionalstadtbahn.

■ Integration und Teilhabe stärken

Teilhabe-Chancen für alle sind Voraussetzung für eine positive, friedliche Entwicklung unserer Stadt. Wir wollen die Hilfen für Geflüchtete verbessern und wenden uns gegen jede Art gruppenbezogener Diskriminierung.

■ Die Situation älterer Menschen in den Blick nehmen

Die wachsende Gruppe der Älteren braucht neue Möglichkeiten. Wir setzen uns für Wohngemeinschaften für Ältere in jedem Stadtteil ein. Aber auch der sichere Pflegeplatz mit gut geschultem Personal ist uns wichtig.

■ Durch Innovation Zukunft sichern

Die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt liegt in den Bereichen Medizintechnik, Biotechnologie und IT. Deshalb begrüßen wir es, dass Tübingen in das Landesprojekt „Cyber Valley“ zur Forschung im Bereich „Künstliche Intelligenz“ eingebunden ist. Wir fordern außerdem eine digitale Agenda für Tübingen. Durch den klugen Einsatz digitaler Infrastruktur sollen Bürgernähe, Transparenz und Effizienz des Verwaltungshandelns gestärkt werden.

■ Für Lebendigkeit in der Stadt

Wir wollen dafür sorgen, dass die Angebote in unserer Stadt den vielfältigen Bedürfnissen, Neigungen und Talenten der Menschen in der Stadt gerecht werden. Ein gutes kulturelles Angebot ist uns deshalb genauso wichtig wie gute sportliche Angebote. Wir setzen uns für ein neues Hallenbad und den Bau eines Konzertsaaes ein.

1. Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Die Stadt wächst

Tübingen wächst um knapp 1000 Menschen pro Jahr. Dass es sich hier gut leben lässt, wissen nicht nur wir Tübinger*innen, das merken auch andere. Man zählt Tübingen inzwischen zu den Schwarmstädten, die eine große Anziehungskraft nicht nur auf Studierende ausüben, sondern auch auf Berufstätige, sei es in den erfolgreichen alten und neuen Unternehmen, im Technologiepark, an der Universität und anderswo. Die gute Versorgung mit Kitaplätzen, die gute Schulsituation, das vielfältige Kulturangebot, der hohe Freizeitwert tragen ihren Anteil dazu bei.

Dazu kommt, dass in Tübingen mehr Kinder geboren werden als anderswo. Das ist eine tolle Entwicklung. Aber junge Familien, gerade auch solche von Alleinerziehenden, müssen eine Chance haben, in Tübingen eine bezahlbare Wohnung zu finden. Gleichzeitig leben immer mehr ältere Alleinstehende und Paare in für sie eher zu großen Wohnungen und vermissen seniorengerechte Wohnalternativen in ihrem Quartier. Unser Ziel ist es außerdem, Studierenden in Tübingen ein Studium ohne finanzielle Sorgen wegen zu hoher Mietpreise zu ermöglichen. Die Wohnraumsuche gestaltet sich durch mangelnde Kapazitäten in den Wohnheimen und einen angespannten Wohnungsmarkt schwierig. Studierende werden dadurch aus Tübingen gedrängt, obwohl sie die Stadt seit Jahrhunderten prägen. Wir fordern das Land und das Studierendenwerk auf, diesen Mangel zu beseitigen.

Der Druck auf den Wohnungsmarkt führt zu deutlich steigenden Mieten. Obwohl seit 2011 durch den Bau vieler Sozialwohnungen die Zahl der mietpreisgebundenen Wohnungen wieder leicht ansteigt, bleibt das Angebot deutlich hinter dem Bedarf zurück. Viele Menschen, gerade auch Familien, finden in Tübingen kein passendes Wohnangebot mehr und ziehen in die Umgebung. Das trifft nicht nur solche mit schmalen Geldbeutel, sondern auch die Mittelschicht. Andere müssen sich mit zu kleinen oder schlecht ausgestatteten Wohnungen begnügen. So darf es nicht weiter gehen! Wir müssen dringend dafür sorgen, dass Tübingen nicht eine Stadt nur für Besserverdienende wird, die Tendenz zur sozialen Entmischung muss gestoppt werden. Es gibt also sehr viel zu tun: Packen wir es an.

Was haben wir in den letzten fünf Jahren erreicht?

- **Stärkung der GWG:** Auf Initiative der SPD wurde das Eigenkapital der städtischen Wohnungsbaugesellschaft um zwei Millionen erhöht. So konnten zehn Millionen in den sozialen Wohnungsbau und in Seniorenwohnen investiert werden.
- **Fortführung des Modernisierungsprogramms der GWG:** Erreicht wurden massive energetische Einsparungen, zeitgemäßer Wohnkomfort und trotzdem bezahlbare Mieten
- **Senkung der Baukosten** durch eine Entschärfung der Vorschriften zur Stellplatzsatzung
- **Sanierung des Männerwohnheims** auf Antrag der SPD
- **Schaffung der Stelle der Beauftragten für Wohnraum und barrierefreies Bauen** auf SPD-Antrag
- **dezentrale Unterbringung von ca. 1000 Geflüchteten** an 14 Standorten.

Was muss weiter geschehen?

Die Arbeit der beiden Wohnbeauftragten zeigt jetzt Wirkung. Das beschlossene Programm „Fairer Wohnen“, in dem viele SPD-Forderungen enthalten sind, ist ein ehrgeiziger Maßnahmenkatalog, der nun umgesetzt werden muss. Uns ist dabei besonders wichtig:

- **Mehr langfristig gesicherter sozialer Wohnungsbau** – bei der Entwicklung städtischer Grundstücke in der Kernstadt ein Drittel
- **Schaffung von bezahlbarem Wohnraum** durch Stärkung von Genossenschaften, neue Finanzierungsmodelle und Organisationen wie z. B. das Mietshäuser-Syndikat sowie Baugruppen - ein weiteres Drittel
- **Ein Drittel sozialer Wohnungsbau und innovative Wohnformen** auch in den Teilorten, z. B. Wohnprojekte für Ältere
- **Schaffung von preisgünstigem Wohnraum** durch Grundstücksvergabe in Erbbaupacht ermöglichen
- **Schaffung einer Wohnraum-Clearingstelle** für die Vermittlung und Betreuung von Menschen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, etwa durch Mietgarantien für private Vermieter
- **Beratung (und Hilfe!)** beim Wunsch nach Wohnungstausch



- **Mehr Wohnraum für Studierende**
- **Einstellung von mehr Personal bei der Stadtverwaltung**, damit alle notwendigen Maßnahmen schnell und zielgerichtet angegangen werden können.
- **Leerstand beenden** durch Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten

Wo sollen neue Wohnungen entstehen?

In den nächsten Jahren wird die Entwicklung von Brachen und neuen Quartieren fortgesetzt werden, aber auch an Grenzen stoßen. Am Hechinger Eck, im Bereich Eisenhutstraße/Marienburger Straße, auf dem SWR-Gelände, dem Queck-Areal und am Schleifmühlweg/Westbahnhof wird es neue Wohnungen geben. Uns ist dabei wichtig, dass der jeweilige Charakter von Quartieren berücksichtigt wird und auch für die Menschen, die schon dort leben, ein Mehrwert entsteht.

Das Programm für begrenzte neue Baugebiete in den Teilorten ist richtig. Junge Familien sollen die Chance haben, in ihrem Heimatort wohnen zu bleiben und zu Wohneigentum zu kommen. Es wird ab 2021 erste Früchte tragen. Dabei müssen sowohl Einfamilien- und Reihenhäuser als auch bezahlbarer Geschosswohnungsbau ihren Platz haben. Die Zeiten extensiven Flächenverbrauchs sind auch hier vorbei.

Der **Saiben** als letztes großes Baugebiet am Rand der Kernstadt muss mit Priorität angegangen werden. Die da-

mit verbundene Ausweitung der bebauten Flächen muss den Anforderungen des Klimaschutzes und des demographischen und gesellschaftlichen Wandels gerecht werden:

- **Verwirklichung neuer Wohnprojekte** für gemeinschaftliches Wohnen für Ältere und generationenübergreifendes Wohnen bis hin zu Pflege-WGs auf der Basis von weniger individuellem Wohnraum bei Ausweitung gemeinschaftlich nutzbarer Flächen
- **flexible Grundrisse und serielles Bauen** in größeren Einheiten, um bezahlbares Wohnen im Mietwohnungsbau und für Eigentümer*innen zu ermöglichen
- **unter vermehrter Nutzung umweltfreundlicher Baustoffe**, insbesondere von Holz als nachwachsendem Rohstoff
- **Barrierefreiheit als Prinzip**
- **Schaffung einer Infrastruktur einschließlich Grün- und Freiflächen**, die der Vielfalt der heutigen Lebensentwürfe und unterschiedlichen Generationen gerecht wird
- **Attraktive Verkehrsanbindungen**, um die Nutzung des Autos deutlich zu verringern bzw. unnötig zu machen und die Belastung angrenzender Wohngebiete durch An- und Abfahrten zu begrenzen.

Wir wollen alles dafür tun, dass Tübingen ein Ort bleibt, an dem Menschen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft, mit kleinem und großem Geldbeutel, gut miteinander wohnen und leben können.

Auf einen Blick:

- *Bebauung des Saiben mit Priorität vorantreiben*
- *Programm „Fairer Wohnen“ umsetzen*
- *Schaffung von preisgünstigem Wohnraum durch Grundstücksvergabe in Erbbaupacht ermöglichen*
- *Schaffung einer Wohnraum-Clearingstelle*
- *Beratung und Hilfe beim Wohnungstausch*

2. Familien stärken

Bezahlbare und ausreichend große Wohnungen brauchen gerade auch Familien. Dabei bedeutet Familie für uns das Zusammenleben von mindestens zwei Generationen, die Begegnung und Unterstützung von Jung und Alt. Diese Definition des „Bündnis für Familien Tübingen“ gilt für unser Wahlprogramm.

Wir wollen, dass Familien in Tübingen ausreichend große, bezahlbare Wohnungen finden und möglichst wohnortnah Angebote der Betreuung, Beratung, Begegnung und Unterstützung vorfinden. Sowohl die Zahl der Alleinerziehenden als auch die der Mehrkind-Familien in unserer Stadt nimmt zu, diese Familien müssen besondere Herausforderungen meistern. Wir wollen, dass sich Kinder hier wohlfühlen und Familien die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Dem müssen wir Rechnung tragen.

Wohnen und Wohnumfeld

In neuen Stadtteilen und Quartieren muss darauf geachtet werden, dass auch Mietwohnungen für größere Familien entstehen, die Standard 3-Zimmer-Wohnung reicht nicht aus. Generationenübergreifende Projekte können dazu beitragen, dass sowohl Familien als auch alleinlebende Ältere Unterstützung erfahren, die einen bei der Kinderbetreuung, die anderen im Alltag. Die SPD fördert solche Projekte.

Neben passendem Wohnraum ist uns wichtig, dass sich Kinder auch im Wohnumfeld gefahrlos bewegen können und gute Angebote zum Spielen vorfinden. Wir werden eine Erhebung veranlassen um zu erfahren, welche Wünsche Familien in Bezug auf Freiflächen, Spielangebote und Spielplätze haben. Bei neuen Baugebieten wollen wir auf die Freiflächen für Kinder und Jugendliche besonderen Wert legen und sie frühzeitig an der Gestaltung beteiligen.

Kinderbetreuung und Eltern(selbst)hilfe

Ausreichende Kita-Plätze sind ein Muss. Mit dem bereits verabschiedeten Sofortprogramm stellen wir sicher, dass jedes Kind einen Betreuungsplatz erhält. Wenn es nach uns geht: zukünftig gebührenfrei! Gerade junge Familien brauchen aber auch Gesprächsmöglichkeiten, Kontakte

zu anderen Eltern und solidarische Unterstützung, etwa kurzfristige Betreuungsmöglichkeiten. Immer weniger Familien haben Großeltern in der näheren Umgebung, die, wenn nötig, einspringen und so das Betreuungsangebot der Kitas und Kindertagespflege ergänzen. Angebote der Stadtteil- und Familientreffs können Familien aktiv unterstützen und werden von uns gefördert. Das Projekt Elkiko leistet hier beispielhafte Arbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass in den großen Stadtteil- und Familientreffs Projekte entwickelt und erprobt werden, wie Ehrenamtliche so mit Familien in Kontakt kommen können, dass kurzfristige Betreuungsarrangements möglich werden und die Kinder sich gut aufgehoben fühlen.

Attraktive Angebote für Kinder in der Stadt

Eine kinderreiche Stadt wie Tübingen sollte sich durch innovative Angebote für Kinder auszeichnen. Das geplante Hallenbad wird gerade auch für Kinder und Familien eine tolle Sache sein. Wir möchten aber auch Angebote schaffen, die die Ferienzeiten bereichern. Wir setzen uns für ein Projekt „Spielstadt für Kinder“ in Tübingen ein und möchten, dass neben dem beliebten „Spatzennest“ ein weiteres dreiwöchiges Betreuungsangebot entsteht. Wir fördern Beteiligungsangebote für Kinder. Das Projekt Kinderratshaus ist dafür ein gutes Beispiel und zeigt, wie Kinder in Tübingen eine Stimme bekommen und sich Gehör verschaffen können.

Armutsprävention

Kinder zu haben bedeutet noch immer ein Armutsrisiko. Die Bekämpfung von Kinderarmut ist uns seit vielen Jahren ein besonderes Anliegen. Der Runde Tisch „Kinderarmut“ und die dort entwickelten vielfältigen Maßnahmen zur Armutsprävention sind bundesweit beispielhaft: Die BonusCard und die BonusCard Extra, das Tricky-Ticket, das Projekt „Schwimmen für alle Kinder“ und vieles andere mehr: Die Angebote zur Armutsprävention werden von den Berechtigten inzwischen rege genutzt, das Konzept für mehr Teilhabe wirkt. Wo Einrichtungen und Vereine durch die für sie entstehenden finanziellen Belastungen übermäßig beansprucht werden, werden wir für Ausgleich durch höhere Zuschüsse sorgen.

Auf einen Blick:

- Bei Wohnungsbau auch größere Familien berücksichtigen
- Wohnumfeld für Kinder gut gestalten
- Elternselbsthilfe stärken
- Spielstadt für Kinder in Tübingen
- Armutsprävention

3. Gerechte Bildung

von Anfang an...

Frühkindliche Betreuung ist nicht nur Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Mütter und Väter sollen die Chance haben, sich Familienarbeit und Erwerbsarbeit gerecht zu teilen. Die Mehrzahl der Familien wünscht sich zuverlässig einen Betreuungsplatz für ihr Kind ab dem ersten Lebensjahr. Weil seit mehreren Jahren mehr Kinder in Tübingen geboren werden, ist ein Sofortprogramm zum Kita-Ausbau notwendig. Die SPD hat sich dafür eingesetzt, dass die Stadt erneut 15 Millionen Euro aufwendet und damit 18 neue Gruppen schafft.

Gute Förderung kann aber nur gelingen, wenn die Qualität stimmt. Tübingen steht, was Zahl der Plätze und Qualität angeht, gut da, aber der Mangel an Erzieherinnen und Erziehern droht den hohen Standard zu gefährden. Um die Qualität zu sichern, will die SPD die Attraktivität des Berufes fördern. Die Entlastung der pädagogischen Fachkräfte durch Einstellung von hauswirtschaftlichen Kräften gehört dazu, eine gute Chance auch für Menschen mit Behinderung. Einrichtungen, die mit besonderen sozialen Problemstellungen zu tun haben, etwa der Inklusion von Kindern mit Einschränkungen oder einer größeren Zahl von Kindern aus geflüchteten Familien, sollten ein zusätzliches Budget zur Verfügung haben,

etwa um Honorarkräfte zu bezahlen oder den Personalschlüssel zu verbessern.

Mit dem Gehalt von Fachkräften im Erziehungsdienst sind Tübinger Mieten kaum zu bezahlen. Ein Wohnungsprogramm für Erzieher*innen und andere Fachkräfte in Mangelberufen, etwa in der Pflege, ist zu prüfen. Wenn alles nicht hilft, muss auch an übertarifliche Bezahlung gedacht werden.

Zur Bildungsgerechtigkeit gehört die Kostenfreiheit des Angebots. Wir stehen für eine gebührenfreie Bildung und Betreuung und werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Basisbetreuung in den Kitas kostenfrei wird.

in der Grundschule...

Tübingen ist mit Grundschulen gut versorgt, die Eltern können in der Regel zwischen verschiedenen Profilen wählen. An allen Schulen gibt es heute ein Betreuungsangebot. Aber nur wenige Schulen sind „echte“ Ganztagschulen, in denen sich Phasen der Konzentration und der Bewegung oder Entspannung sinnvoll miteinander abwechseln. Die SPD setzt sich weiter dafür ein, dass ein flächendeckendes Angebot entsteht; davon profitieren alle Kinder. Das Landesmodell bietet genügend Wahlfrei-



heit und das städtische Rahmenkonzept Ressourcen, die weit über die Leistungen des Landes hinausgehen. Richtig ist: Ganztagschulen brauchen mehr Platz und geeignete Räume. Die SPD wird sich für eine räumliche Anpassung der Ganztagschulen und deren barrierefreie Ausgestaltung einsetzen.

in den weiterführenden Schulen...

Mehr als 70 % der Grundschul Kinder wechseln in Tübingen ins Gymnasium. Allerdings gilt hier wie bundesweit: Die soziale Stellung der Eltern entscheidet stark über die Bildungswege der Kinder. Längeres gemeinsames Lernen und Aufwachsen sowie eine gute individuelle Förderung sind deshalb wichtig. Damit kommt den Gemeinschaftsschulen als zweiter Säule des Bildungssystems eine zentrale Bedeutung zu.

Wir haben erreicht, dass es in Tübingen neben den traditionellen Gymnasien drei Gemeinschaftsschulen gibt, die in den Klassen 5-10 Schüler*innen jeden Leistungsniveaus offenstehen. Die Schulen sind inzwischen gut etabliert. Dem Wunsch der Eltern entsprechend hat sich die SPD dafür eingesetzt, dass diese Schulen eine eigene Oberstufe bilden können. Mit der Oberstufe wird das gymnasiale Profil der Gemeinschaftsschulen weiter gestärkt und die Schulen werden eine echte Alternative zum Gymnasium. Die Gemeinschaftsschule West bietet nun diese dreijährige Oberstufe an. Damit haben wir in Tübingen die volle Palette der Schulabschlüsse: den Hauptschulabschluss, den Realschulabschluss und das Abitur in 9 Jahren über die Gemeinschaftsschulen und die beruflichen Gymnasien, das Abitur in acht Jahren über die allgemeinbildenden Gymnasien. Die SPD wird den Weg des gemeinsamen Lernens und der gelebten Inklusion weiter unterstützen und den Aufbau der Oberstufe der Gemeinschaftsschule aktiv begleiten.

Nach den großen Investitionen beim Uhlandgymnasium, dem Bildungshaus Lindenbrunnen und der Französischen Schule müssen in den nächsten Jahren die nötigen baulichen Verbesserungen und Erweiterungen am Hechinger Eck, auf der Wanne, auf Waldhäuser-Ost und der Winkelwiese erfolgen. Die Köstlinschule muss saniert und erweitert werden, das Kepler-Gymnasium endlich vollständig saniert und das Schulzentrum Feuerhägle neu geordnet werden: Wir benötigen angemessene Flächen für das Carlo-Schmid-Gymnasium und für eine Mensa und Sporthalle in der Südstadt.

mit Schulsozialarbeit...

Schulsozialarbeit an allen Schulen – so heißt die Forderung der SPD. Was als Unterstützung von Schulen mit besonders belasteten Familien begann, ist heute längst Qualitätsstandard für alle Schulen geworden. Lange hat es gedauert, bis wir Schulsozialarbeit auch für die Gymnasien durchsetzen konnten. Dem Bedarf entsprechend fordern wir 1 Stelle für 700 Schüler*innen. Immerhin profitieren endlich auch die kleinen Grundschulen von den Möglichkeiten der Schulsozialarbeit. Das war uns wichtig.

und lebenslang...

Tübingen ist auch Stadt des lebenslangen Lernens. Neben den Schulen und der Universität verfügt die Stadt über außerschulische Bildungseinrichtungen, wie etwa die Volkshochschule, die Familienbildungsstätte, die Stadtbücherei und die Musikschule. Die SPD setzt sich dafür ein, dass diese Einrichtungen so unterstützt werden, dass ihre Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger erschwinglich sind. Gut, dass es den Zusammenschluss der Tübis gibt. Sie werden in der SPD einen verlässlichen Partner finden.

Die Stadtbücherei Tübingen ist ein bedeutendes Zentrum der Bildung und Begegnung. Sie zeichnet sich durch sehr hohe Nutzerzahlen und innovative Angebote aus. Unser Ziel ist es, die Stadtbücherei in den nächsten Jahren zu erweitern und baulich zu modernisieren.

Auf einen Blick:

- *Betreuungsplätze ausbauen und Erzieher*innen gewinnen – die Attraktivität des Berufs durch kommunale Leistungen erhöhen*
- *Basisbetreuung in Kitas kostenfrei anbieten*
- *für den Ganztagsbetrieb an Grundschulen barrierefreie Räume schaffen*
- *gesamtstädtisch bedarfsgerecht Schulraum sanieren und erweitern*
- *eine Sporthalle und eine Mensa für die Südstadt bauen*
- *Schulsozialarbeit an allen Schulen einrichten*

4. Unterstützung im Alter, sichere Pflege



Der Anteil der Senior*innen an der Bevölkerung nimmt zu. Er beträgt für die über 65jährigen derzeit in Tübingen 15 %, das sind 13.000 Frauen und Männer. Die meisten von ihnen leben weitgehend selbstständig und wollen das auch; aber die Wahrscheinlichkeit, Hilfen und Unterstützung zu benötigen wächst mit zunehmendem Lebensalter und viele Hochaltrige benötigen Pflegeleistungen. In Tübingen fehlen bis zum Jahr 2030 etwa 180 stationäre Pflegeplätze.

Was haben wir erreicht?

Mit der kommunalen Gesellschaft Altenhilfe Tübingen (AHT) stellt sich die Stadt ihrer Aufgabe der Daseinsvorsorge für Ältere in hervorragender Weise. Die SPD bekennt sich zu dieser kommunalen Lösung, unterstützt die AHT und hat sich für den Neubau eines Pflegeheims mit 60 Plätzen in der Südstadt eingesetzt. Auf den Weg gebracht wurde außerdem eine Pflege-WG im Güterbahnhof und eine in Hirschau. Mit einer Veranstaltungsreihe der AG 60+ hat die SPD das große Interesse der Bürgerschaft an Wohnprojekten aufgegriffen und in beispielhafter Weise Initiativen zusammengbracht, die mit innovativen, solidarischen Wohnformen auf die Situation des Alterns reagieren wollen.

Wofür setzen wir uns ein?

Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Vielzahl der Lebensformen im Alter eine Vielzahl an Unterstützungsmöglichkeiten gegenübersteht: angemessene Hilfen für Einzelne, ein gutes und bezahlbares Angebot an gemeinschaftlichen Wohnformen und eine ausreichende Anzahl an stationären Pflegeplätzen für Menschen, die intensive Pflege benötigen und wenig Unterstützung durch Angehörige haben oder deren Angehörige durch die Pflege sehr belastet sind, etwa durch dementielle Erkrankungen.

Prävention und Gemeinschaft: die Stadtteilzentren

Familien bleiben heute seltener an einem Ort, die Möglichkeit der Unterstützung durch Angehörige ist nicht mehr der Normalfall. Einsamkeit ist ein großes Problem älterer Menschen, dem die Stadtteiltreffs mit Angeboten der Begegnung und Unterstützung entgegenwirken können. Ihre Möglichkeiten sind damit aber noch nicht ausgeschöpft: In der guten Verbindung von professionellen Dienstleistungen mit bürgerschaftlichem Engagement liegt die Zukunft der Pflege. Stadtteilzentren können hier eine entscheidende Rolle spielen.

Von Dänemark können wir lernen, dass präventive Hausbesuche eine wichtige Bedeutung haben. Dort werden alle Menschen über 65, die im Stadtteil leben, auf Wunsch besucht. So entstehen Beziehungen, Kontakte zum Stadtteilzentrum werden geknüpft, Vertrauen wird aufgebaut. Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Modell präventiver Hausbesuche in Tübingen exemplarisch und in Anbindung an ein Stadtteilzentrum erprobt wird.

Wohnprojekte für Ältere in jedem Stadtteil

Viele ältere Menschen wünschen sich, in Wohngemeinschaften zu leben und damit der Einsamkeit zu entgehen, aber auch gegenseitig Hilfe zu leisten und zu bekommen. Die SPD will dafür sorgen, dass Interessierte gut beraten werden und genügend barrierefreie Mietwohnungen zur Verfügung stehen. Die Stadt muss gewährleisten, dass es bei größeren Vorhaben für diesen Zweck eine eigene Quotierung gibt, so dass sich Wohnprojekte für Ältere nicht in Konkurrenz mit anderen innovativen Projekten befinden.

Mobilität

Ein gut ausgebauter ÖPNV ist sehr wichtig, für manche aber nicht ausreichend. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Projekte ins Leben gerufen und unterstützt werden, die einen günstigen „Tür zu Tür“ Service anbieten, etwa ein Nachbarschaftstaxi.

Flexibilisierung der ambulanten Pflege

Die ambulante Pflege muss sich stärker als bisher auf neue Wohnformen wie Wohngemeinschaften einstellen, aber auch die Leistungen besser an den Einzelfall anpassen. So sollte in jedem Einzelfall geprüft werden, was durch die Pflegebedürftigen selbst, was durch bürgerschaftliches Engagement oder die Nachbarn geleistet werden kann und was durch professionelle Kräfte ergänzt werden muss. Den Leistungen von Nachbarschaften (für Menschen mit höherem Pflegebedarf) muss dabei besondere Bedeutung geschenkt werden. Nur eine wirk-

lich bedarfsgerechte ambulante Pflege kann die Zahl der stationären Plätze gering halten.

Ausbau und Weiterentwicklung der stationären Pflege

Von besonderer Bedeutung ist die Realisierung von weiteren, mindestens 60 stationären Pflegeplätzen in Waldhäuser-Ost im Zusammenhang mit dem Programm „Soziale Stadt“. Außerdem müssen Kurzzeitpflegeplätze geschaffen werden, um Angehörige wirksam zu entlasten. Hier sind in Kooperation mit dem Landkreis neue Konzepte zu entwickeln und zu realisieren. Für jüngere Pflegebedürftige fehlen entsprechende Angebote. Auch für sie müssen Pflegeleistungen in Verbindung mit angemessenen Wohnformen zur Verfügung stehen.

Gewinnung von Pflegekräften

Der notwendige Ausbau von Plätzen steht in einem Spannungsfeld zum Fachkräftemangel im Pflegebereich, der sich deutlich verschärft und für den bisher keine überzeugenden Lösungen auf Landes- und Bundesebene sichtbar sind. Die SPD wird sich insbesondere für eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte und für eine Auszubildungsgütung einsetzen.

In der Kommune sind kreative Lösungen notwendig: Ähnlich wie bei Erzieher*innen sind Strategien zur Versorgung mit Wohnraum zu entwickeln und andere Anreizsysteme auszuloten. Eine von der Stadt unterstützte Imagekampagne „Gute Pflege in Tübingen“ soll die Attraktivität des Berufs dauerhaft stärken.

Unterstützung der Planung

Aufgrund der großen Herausforderungen bei der Umsetzung des Programms „Seniorenleben und Pflege“ müssen, zusätzlich zur allgemeinen Sozialplanung und zu anderen Fachplanungen, die Personalkapazitäten aufgestockt werden.

Auf einen Blick:

- *Stadtteiltreffs stärken*
- *Projekt „Präventive Hausbesuche für über 65-Jährige“ entwickeln*
- *Wohnprojekte in jedem Stadtteil ermöglichen*
- *Mobilität fördern: Idee „Nachbarschaftstaxi“*
- *Mehr Pflegeplätze schaffen*
- *kommunales Konzept zur Gewinnung von Pflegekräften aufsetzen*
- *Sozialplanung stärken*

5. Stadtteilentwicklung – Mehr Teilhabe in den Quartieren

Mit der Verabschiedung der Sozialkonzeption 2015 hat sich ein grundlegender Wandel in der städtischen Sozialpolitik vollzogen, der von der SPD aktiv vorangetrieben wurde. Ausgehend von den unterschiedlichen Sozialräumen kann, bei entsprechender Unterstützung, Teilhabe für alle diejenigen besser gelingen, die derzeit in der Gefahr sind, ausgegrenzt zu werden. Dies betrifft sowohl Menschen, die von Armut bedroht sind, als auch Geflüchtete, Familien und Ältere mit Unterstützungsbedarf sowie Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen. Quartiersentwicklung ist deshalb eine zentrale Aufgabe für Stadt- und Sozialplanung – mit der Schaffung und Erhaltung von Infrastruktur wie auch von Kommunikationsmöglichkeiten aller Art.

Stadtteiltreffs – das Herz von Stadtteilen und Quartieren

Begegnung, Solidarität und Unterstützung, das sucht und findet man am besten direkt im Wohnumfeld, in den Stadtteilen und Quartieren. Aber Begegnung braucht einen Ort – und passende Angebote. Diese Angebote zu machen ist die Aufgabe der Stadtteil- und Familientreffs. Sie bilden niederschwellige Anlaufstellen im Quartier, wo unabhängig von Alter, Herkunft und Einkommen Beziehungen entstehen, nachbarschaftliche Selbsthilfe koordiniert und bürgerschaftliches Engagement gefördert wird. Wir halten Stadtteiltreffs für einen zentralen Baustein, um mehr Teilhabe zu ermöglichen und den gesellschaftlichen und demografischen Wandel in unserer Stadt besser zu gestalten. Zudem wird ehrenamtliches Engagement hier in hervorragender Weise aktiviert.

Die besondere Situation in einzelnen Stadtteilen und Quartieren berücksichtigen

Die Schaffung von Personalstellen für Stadtteilsozialarbeit in bestimmten Treffs ist die notwendige Konsequenz für

Quartiere mit besonderen Problemlagen, wo es etwa mehr Armut, viele zugewanderte Menschen oder eine hohe Anzahl von Senior*innen gibt. Das trifft auf die Südstadt, die Weststadt und Waldhäuser-Ost zu; hier muss hauptamtliche Arbeit das Ehrenamt entlasten und ergänzen. Dafür haben wir uns ebenso eingesetzt wie für die Einrichtung neuer Stadtteiltreffs auf der Wanne, in der Äußeren Weststadt und in der Corrennsstraße.

Auf Waldhäuser-Ost kann beispielhaft deutlich gemacht werden, was es heißt, aus den sozial-räumlichen Bedingungen Konsequenzen für die Weiterentwicklung zu ziehen. Mit der Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ wird nun mit Millionenförderung von Bund und Stadt ein in die Jahre gekommener Stadtteil noch lebenswerter gemacht – z. B. mit barrierefreiem Wohnraum und differenzierten Angeboten für ältere und pflegebedürftige Menschen aus dem Quartier, u.a. der Schaffung von 60 Pflegeplätzen. Das war der SPD ein besonderes Anliegen. Wie auch bei der Entwicklung des Zukunftsplans für die Weststadt hat hier ein intensiver Bürgerbeteiligungsprozess stattgefunden, der selbstverständlich fortgesetzt werden muss.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Stadtteiltreffs auch in den Teilorten dort entstehen, wo sich entsprechende Initiativen gründen; Kooperationen mit Vereinen, Kirchengemeinden oder freien Trägern (wie in der Brückenstraße) sind ein Garant für Vernetzung und Kooperation und die Stärkung von Vielfalt in unserer Stadt.

Der ganze, weitreichende Prozess muss von der städtischen Sozialplanung koordiniert und begleitet werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass hierfür und für die Koordination der Treffs selbst ausreichende Personalkapazitäten zur Verfügung stehen.

Auf einen Blick:

- *künftige Stadt(teil)entwicklung an den Erfordernissen der Sozialräume orientieren*
- *bestehende Stadtteil- und Familientreffs weiter unterstützen*
- *Gründung neuer Treffs, auch in den Teilorten, prüfen*
- *Sozialplanung der Stadt besser ausstatten*
- *Stadtentwicklungsprozesse mit breiter Bürgerbeteiligung vorantreiben*

6. Integration



Tübingen ist vielfältig

Ein Viertel der Tübinger Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Diese Menschen haben ausländische Wurzeln – durch ihre Eltern oder Großeltern. Hier wird Integration bereits gelebt. Eine positive Entwicklung unserer Stadt wird aber wesentlich davon abhängen, ob es uns gelingt, Integration für alle, auch die neu dazu gekommenen, zu ermöglichen, unsere kulturelle Vielfalt als Reichtum anzuerkennen und miteinander in Vielfalt zu leben. Wir verstehen Integration als gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte in allen Lebensbereichen unserer Stadt. Die Anerkennung und Wertschätzung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ist sowohl für die Mehrheitsgesellschaft als auch für die Zugewanderten von zentraler Bedeutung.

Herausforderungen und Erfolge

Die SPD hat wesentlich dazu beigetragen, dass es heute einen Integrationsrat in Tübingen gibt. Wir haben uns erfolgreich für die Unterstützung von adis e.V. und anderen Gruppen und Projekten zum Abbau von Diskriminierung und zur Förderung von Respekt, Toleranz und Teilhabe eingesetzt.

Seit 2015 steht die Stadt vor einer großen Herausforderung: wie kann die Integration von mehr als 1000 Geflüchteten gelingen? Zunächst stand die dezentrale Versorgung mit Wohnraum im Vordergrund (dafür wurde und wird an 14! Standorten neu gebaut). Anschließend ging es um Hilfen bei der Bewältigung des Alltags und die Schaffung von Voraussetzungen für ein selbstständiges Leben in der neuen Umgebung: den Besuch von Sprach- und Integrationskursen, Anerkennung von Abschlüssen, die Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und vieles mehr. Bau- und Sozialverwaltung, städtische Ein-

richtungen, Schulen, Bildungsträger, Kultureinrichtungen und Unterstützernetze standen vor einer riesigen Aufgabe. Die Stadt hat sich dafür entschieden, diese Aufgabe selbst in die Hand zu nehmen. Um sie zu bewältigen, brauchte es auch eine Organisationsreform in der Stadtverwaltung, die von uns erfolgreich eingefordert wurde. Hilfen soweit wie möglich aus einer Hand, in einem eigenen Fachbereich organisiert, sollen die Integration erleichtern. Diese Reform war wesentlich der Beharrlichkeit der SPD-Fraktion und der Durchsetzungsfähigkeit der ersten Bürgermeisterin Christine Arbogast zu verdanken.

Integrationsmanager*innen legen mit ihrer Arbeit die Grundlage dafür, dass geflüchtete Menschen sich integrieren können und eine Perspektive haben, ihr Leben in Deutschland aus eigener Kraft zu bestreiten. Die Zahl der Integrationsmanager*innen reicht allerdings noch immer nicht aus. Wir fordern, den Betreuungsschlüssel auf den Wert 1:100 zu erhöhen, um den inzwischen ganz unterschiedlichen Bedürfnissen der Geflüchteten gerecht werden zu können.

Neben den gerade genannten Bedingungen spielen auch die Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle für ihre Teilhabe. Deshalb stehen wir zur Interkulturellen Woche, zu wichtigen Projekten der Stadt wie INET, „Vote D“ oder „Nachbarschaft und Vielfalt“ und zur interkulturellen Ausrichtung der Verwaltung. Dazu gehört, in den kommenden Jahren mehr Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund einzustellen. Mit der durch den Zuzug der Geflüchteten entstandenen neuen Situation sehen wir auch die Notwendigkeit der Fortschreibung des Integrationskonzeptes.

Uns ist bewusst, welchen wesentlichen Beitrag Ehrenamtliche für die Integration geflüchteter Menschen in unsere Stadtgesellschaft leisten genauso wie das Asylzentrum, die Anbieter von Sprach- und Integrationskursen und Träger der kulturellen Bildung wie die Volkshochschule, Infö und andere. Ihre Arbeit braucht hohe und dauerhafte Wertschätzung und angemessene Förderung. Wir unterstützen ein „Haus der Kulturen“ in unserer Stadt. Es soll Raum bieten, um interkulturelle Kontakte zu knüpfen und Erfahrungen auszutauschen. Wir fordern, dass die Stadt eine solche Initiative koordiniert und unterstützt, damit sich ein breites Bündnis für dieses Vorhaben zusammenfindet und ein überzeugendes Konzept entwickelt wird.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass sich Tübingen wie unsere Nachbarstadt Rottenburg an der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ beteiligt und ein starkes Zeichen dafür setzt Menschen aufzunehmen, die vor Not und Verfolgung fliehen.

Damit diese Politik der Integration gelingen kann, setzt sich die SPD für eine politische Kultur ohne Ressentiments und Polarisierungen ein. In den politischen Gremien und der städtischen Öffentlichkeit widersetzt sich die SPD dem politischen Spiel von Zuspitzungen, Herabsetzungen und Übertreibungen.

Auf einen Blick:

- *Arbeit der Ehrenamtlichen stärker fördern*
- *Personalschlüssel für Integrationsmanager*innen verbessern*
- *Integrationskonzept fortschreiben*
- *mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund in der Verwaltung einstellen*
- *dauerhaft und energisch für Toleranz, Respekt und Vielfalt eintreten*
- *ein „Haus der Kulturen“ unterstützen*
- *an der Initiative „Seebrücke schafft sichere Häfen“ teilnehmen*

7. Inklusion

Teilhabe und Barrierefreiheit konsequent weiter umsetzen

Gestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten sind gerade auch für Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen lebenswichtig. Wie richtig aber die von Betroffenen seit langem wiederholte Aussage „Barrierefreiheit nützt allen“ ist, zeigt sich gerade jetzt in Tübingen – in einer Phase, wo Eltern überall in der Stadt mit Kinderwagen unterwegs sind und immer mehr Ältere und Hochbetagte auf öffentliche Verkehrsmittel und die barrierefreie Zugänglichkeit von Geschäften, Gastronomie und Kultureinrichtungen angewiesen sind, um am öffentlichen Leben teilnehmen zu können. In all diesen Bereichen sind weitere Verbesserungen nötig, selbst wenn sich, z. B. mit dem Umbau der Neckargasse, auch in der Altstadt schon einiges getan hat. So wie dort geschehen, müssen Schritt für Schritt mehr Geschäfte und Einrichtungen barrierefrei zugänglich werden. Für die Altstadt sollte ein Planungs-

konzept erarbeitet werden, um ein systematisches Vorgehen zu gewährleisten.

Das Programm zum barrierefreien Umbau der Rathäuser in den Teilorten ist ein großer Schritt nach vorne.

Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigungen sind häufig auf den ÖPNV, d.h. innerhalb der Stadt vor allem auf den Bus angewiesen. Hier hat es Fortschritte bezüglich der Barrierefreiheit gegeben. Mobilität für alle lässt sich aber über die Innenstadtstrecke der Stadtbahn mit einer ganz anderen Qualität verwirklichen als durch Busse – für uns ein Grund mehr, für die Stadtbahn einzutreten.

Gemeinsames Leben und Lernen ermöglichen

Schulen und Kitas werden inzwischen von vornherein barrierefrei gebaut oder bei Sanierungen entsprechend nutzbar gemacht (z. B. Altbau Uhlandgymnasium) – darü-

ber muss nicht mehr grundsätzlich diskutiert werden – auch das ein Ergebnis der Umsetzung des Handlungskonzepts „Barrierefreies Tübingen“. Aber Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen brauchen auch andere Formen der Unterstützung, z. B. ausreichende Schulbegleitung, wenn sie – etwa in einer Gemeinschaftsschule – am gemeinsamen Unterricht teilnehmen. Diese Voraussetzungen für Inklusion in einer so wichtigen Entwicklungsphase junger Menschen bereitzustellen, war und ist uns ein großes Anliegen.

Wir begrüßen ausdrücklich den Neubau der Grundschule und Kita Winkelwiese als inklusives Bildungshaus, das aufgrund seiner Konzeption noch einmal eine neue Qualität des Umgangs mit Vielfalt und den unterschiedlichen Bedürfnissen von Kindern mit Unterstützungsbedarf bieten wird.

Einfache Sprache in der Verwaltung voranbringen

Noch in den Kinderschuhen stecken die Bemühungen der Verwaltung, einfache oder gar leichte Sprache im Umgang mit den Bürger*innen zur Norm zu machen. Wir werden dieses Thema mit Nachdruck verfolgen, denn es nützt Vielen: so ist z. B. für Geflüchtete das traditionelle Behördendeutsch eine oft unüberwindliche Hürde bei der Bewältigung des Alltags. Die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung bietet in diesem Zusammenhang eine große Chance für einen einfacheren Zugang für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen.

Teilhabe am Arbeitsleben

Die Teilhabe am Arbeitsleben hat Fortschritte gemacht, z. B. durch das von uns beantragte Programm für mehr Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung im Haus-

wirtschaftsbereich der Kitas. Stadtverwaltung und andere Arbeitgeber sind hier aber weiter in der Verantwortung noch mehr zu tun – vor allem im Bereich sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Das im Bundesteilhabegesetz vorgesehene Budget für Arbeit eröffnet neue Chancen und sollte von allen Arbeitgebern, auch der Stadtverwaltung, genutzt werden.

Wohnen – selbstverständlich mittendrin

Tübingen hat Maßstäbe gesetzt beim selbstbestimmten Wohnen mit Assistenz. Dabei ist der Schwerpunkt künftig auf Projekte zu legen, die auch Menschen mit hohem Unterstützungs- (und Pflege-)Bedarf Teilhabe durch die Schaffung bezahlbaren Wohnraums mitten in der Stadt ermöglicht. Das Lebenshilfe-Projekt am Güterbahnhof ist dafür ein positives Beispiel. Inwieweit sich barrierefreier und günstiger Wohnraum auch durch Umbau im Bestand verwirklichen lässt, ist z. B. über das Programm „Soziale Stadt“ zu prüfen.

Verstärkte politische Teilhabe durch Selbstvertretung fördern

Politische Teilhabe für Menschen mit Behinderung/Beeinträchtigung selbstverständlich zu machen muss ein Markenzeichen unserer Stadt werden. Das gilt für die großen Entwicklungsprozesse in Tübingen, wie z. B. für den Zukunftsplan Weststadt, ebenso wie für kleinere Um- oder Neugestaltungen in der Kernstadt und den Teilorten. 2020 können wir 10 Jahre Unterzeichnung der Erklärung von Barcelona feiern. Wir werden durch entsprechende Anträge darauf hinwirken, dass dieses Jubiläum neben dem Rückblick vor allem mit neuen programmatischen Zielen verknüpft wird – für noch mehr Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Auf einen Blick:

- *Planungskonzept für mehr Barrierefreiheit in der Altstadt erarbeiten*
- *Gemeinsames Leben und Lernen in Kitas und Regelschulen weiter fördern*
- *einfache Sprache in der Verwaltung voranbringen*
- *neue Möglichkeiten für Teilhabe am Arbeitsleben in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung schaffen*
- *individuelle Wohnformen auch für Menschen mit hohem Unterstützungs- und Pflegebedarf fördern*
- *Selbstvertretung Betroffener stärken*

8. Gleichstellung



In diesem Jahr (2019) feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht. Das ist für die SPD nicht nur Grund zum Feiern, sondern zugleich Verpflichtung für die Zukunft. Wir unterstützen das Frauen-Projekte-Zentrum und die gleichstellungspolitischen Initiativen und Vereine in unserer Stadt, die sich für Gleichberechtigung, für Schutz und Empowerment von Mädchen und Frauen engagieren. Erfolgreich haben wir uns für eine Beratungsstelle für Opfer sexualisierter Gewalt eingesetzt. Wir wollen die „Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt“ ernst nehmen und

in Tübingen umsetzen, weil Gewalt gegen Frauen keine Privatsache ist.

Für die Grundlagen der Stadtplanung muss gelten, dass immer auch die Belange von Frauen und Mädchen berücksichtigt werden. Ob in der Verwaltung, den städtischen Tochtergesellschaften oder in Gremien: Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit, mehr Frauen in Führungspositionen und gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen.

Auf einen Blick:

- *Umsetzung der „Istanbul-Konvention“*
- *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit*
- *mehr Frauen in Führungspositionen*

9. Erfolgreicher Wirtschaftsstandort

Gute Arbeit. Grenzen des Wachstums?

Der von uns geforderte Ausbau der sozialen Infrastruktur kann nur gelingen, wenn Tübingen als Wirtschaftsstandort attraktiv und erfolgreich bleibt.

Tübingen ist seit einigen Jahren von einer deutlichen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung geprägt. Vor allem der Wissenschafts- und Technologiebereich hat durch die Nähe und die Anbindung an die Universität und die Kliniken deutliche Zuwächse verzeichnet, wofür der Technologiepark auf der Oberen Viehweide beispielhaft steht. Tübingen verfügt nur über begrenzte Flächen. Dennoch setzt sich die SPD für die Ansiedlung von Forschungs- und Zukunftsindustrien ein. Unsere Zukunft liegt in den Bereichen Medizintechnik, Biotechnologie und IT. Deshalb begrüßen wir es, dass Tübingen in das Landesprojekt Cyber Valley zur Forschung im Bereich „Künstliche Intelligenz“ eingebunden ist. Die geplante Grundlagenforschung muss durch einen gesellschaftlichen Diskurs begleitet werden, damit im Bereich der Anwendungsmöglichkeiten sichergestellt werden kann, dass der Nutzen für Mensch und Tier im Mittelpunkt steht. Wir befürworten deshalb die Schaffung einer Kommission, die sich mit den aus dieser Forschung resultierenden ethischen Fragestellungen beschäftigt. Die Stadt sollte sich verantwortlich fühlen, einen solchen Prozess anzustoßen.

In Tübingen bilden starke mittelständische Unternehmen das Fundament der Wirtschaft. Ihr wirtschaftlicher Erfolg zeigt sich in großen Erweiterungsbauten und einer wachsenden Zahl von Arbeitsplätzen. Auch in den vielen Dienstleistungsunternehmen, im Handwerk und im öffentlichen Bereich wird erfolgreich gewirtschaftet, entstehen neue Arbeitsplätze.

All dies trägt zu ökonomischer Stärke der Stadt, zu mehr Arbeitsplätzen und zur guten Haushaltslage Tübingens bei. Der erfolgreiche und attraktive Wirtschaftsstandort schafft aber auch Probleme. Tübingen wächst. Für neue Beschäftigte muss Wohnraum geschaffen werden, weite-

re Kitas und Schulen werden gebraucht. Die Infrastruktur muss verbessert werden, aber Fachkräfte sind ebenso Mangelware wie Gewerbeflächen.

Bei der Neufassung des Flächennutzungsplans wurden mit Unterstützung der SPD in begrenztem Umfang neue Gewerbeflächen aufgenommen, andere Flächen hingegen, etwa die Sonderbaufläche des UKT auf dem Steinenberg, wurden nachhaltig vor einer Bebauung geschützt.

Die begonnene Debatte in der Stadtgesellschaft über die wichtige Frage, ob und wie Tübingen noch weiter wachsen soll, muss fortgeführt und gestaltet werden. Die SPD wird sich daran intensiv beteiligen. Leitlinien für uns Sozialdemokrat*innen sind dabei:

- **Gewerbeflächen müssen intensiver genutzt** und verdichtet werden.
- **Wir brauchen eine regionale Steuerung und Zusammenarbeit bei der Gewerbeflächenentwicklung**, keinen – für die Natur ruinösen – Wettbewerb.
- **Wir benötigen eine nachhaltige Verkehrspolitik** mit Investitionen in den ÖPNV und Radverkehr. Die Innenstadtstrecke der Regionalstadtbahn kann den Siedlungs- und Verkehrsdruck auf unsere Stadt bedeutsam reduzieren.
- **Bestehende Tübinger Unternehmen und Handwerksbetriebe** müssen sich weiterentwickeln können.
- **Ausgründungen aus Universität und Klinikum** müssen möglich bleiben.

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIT hat in den letzten Jahren zuverlässige und erfolgreiche Arbeit geleistet. Wir sprechen uns für eine weitere Stärkung und Ausstattung der WIT in den kommenden Jahren aus, damit zusätzliche Projekte und Aufgaben in den Blick genommen werden können. Dazu gehört zum Beispiel die Unterstützung von Unternehmungsgründungen durch Migrant*innen, eine Initiative zur Schaffung von Co-Working-Spaces und die Unterstützung von Start Ups im Bereich Kreativwirtschaft.

Auf einen Blick:

Arbeit muss fair bezahlt werden. In den letzten Jahren konnte die SPD erreichen, dass bei den städtischen Zuschüssen für Sozial- und Kulturvereine die jährlichen Tarifsteigerungen bei der Zuschussbemessung Berücksichtigung finden. Umgekehrt ist dann auch die tarifliche Bezahlung bei Zuschussempfängern einzufordern. Bei Vergaben durch die Stadt ist strikt auf Tariftreue und die Einhaltung von Arbeitsnormen (ILO) zu achten. Ein weiteres Outsourcing etwa von Reinigungskräften lehnen wir ab.

Auch die Stadtverwaltung selbst muss in mehrfacher Hinsicht Vorbild sein. Deshalb legen wir Sozialdemokrat*innen Wert auf eine angemessene Personalausstattung. Gute Arbeitsbedingungen der städtischen Angestellten und Auszubildenden müssen eine Selbstverständlichkeit sein.

- *Erfolgreicher Wirtschaftsstandort durch Ansiedlung von Forschungs- und Zukunftsindustrien*
- *Stärkung mittelständischer Unternehmen und des Handwerks*
- *Verbesserung der Infrastruktur*
- *Regionale Steuerung und Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Gewerbeflächen*
- *Unterstützung von Unternehmensgründungen durch Migrant*innen, von Start-Ups im Bereich Kreativwirtschaft und bei der Schaffung von Co-Working-Spaces*
- *Stadtverwaltung als Vorbild für gute Arbeitsbedingungen*



10. Umwelt, Natur und die Wachstumsdebatte in Tübingen

Tübinger Klimaziele konsequent ansteuern

KLIMASCHUTZ wird in Tübingen großgeschrieben, und das Ziel einer CO₂-Einsparung um weitere 25 % pro Kopf bis 2022 (nach den bereits 2015 erreichten 32 %) vertreten wir voll und ganz. Auch mit einer Energieeinsparung um 28 % liegt Tübingen im Bundesvergleich weit vorn. Bei der gegenwärtigen Klimaschutzoffensive der Stadt sind uns nachhaltige Wirkungen wichtig, so z. B. die konsequente Überprüfung aller städtischen Gebäude und Einrichtungen auf Verbesserungen bei Wärmedämmung, energieeffizientem Heizen und Wasserverbrauch. Ebenso wichtig ist für uns der zügige Ausbau der Nutzung regenerativer Energien durch Solarthermie und Photovoltaik. Auch der flächendeckende Ersatz von alten Leuchtstoffen durch LED ist uns ein wichtiges Anliegen. Für öffentliche

Einrichtungen wollen wir weitere Anreize zum Energiesparen geben.

Nachhaltigkeit beim Bauen

Nachhaltigkeit bei Energie- und damit CO₂-Einsparung wird vor allem durch die Verbindlichkeit hoher Standards bei Bauten aller Art gefördert; die hier eventuell entstehenden Mehrkosten gleichen sich durch den geringeren Energiebedarf schnell aus. Durch mehrere Initiativen hat die SPD Holz als CO₂-freundlichen, regional vorhandenen Baustoff ins öffentliche Bewusstsein gerückt. In Zukunft muss die Nutzung von Holz selbstverständlich in alle Überlegungen von Architekt*innen und Auftraggeber*innen einfließen. Die Stadt soll diesen Wandel durch die Auslobung eines eigenen Preises fördern.

Voraussetzungen für den Umstieg auf E-Mobilität schaffen

Für die Luftreinhaltung in der Stadt ist uns die Förderung der Elektromobilität ein wichtiges Anliegen, das wir vorangetrieben haben und weiter beschleunigen wollen. Der Ausbau öffentlicher Ladepunkte auch in Wohngebieten muss verstärkt angegangen werden, um den Umstieg auf E-Mobilität zu erleichtern. Dafür müssen die Stadtwerke die Voraussetzungen schaffen.

Naturschutz als ebenbürtiges Ziel

Der Naturschutz sollte dem Klimaschutz nicht nachstehen. Deswegen wollen wir eine großzügigere **Förderung der lokalen Organisationen des Natur- und Umweltschutzes**, die überwiegend ehrenamtlich tätig sind und mit ihrer Arbeit die Vielfalt und Besonderheit der uns umgebenden Natur- und Kulturlandschaft erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass der **Stadtwald** Tübingen weiterhin unter Einhaltung der FSC-Standards **ökologisch und nachhaltig bewirtschaftet** wird. Er ist mit seinen vielfältigen Strukturen ein wertvoller Baustein im Klimaschutz. Bei steigendem Druck auf die Flächen brauchen die noch verbliebenen landwirtschaftlichen Betriebe unsere Unterstützung.

Auf Universität und Klinikum werden wir weiter einwirken, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Sonderbauflächen schonend und effektiv zu wirtschaften.

Es steht für uns fest, dass der überwiegende Teil des **Steinenbergs** so bald wie möglich als **Naturschutzgebiet** einen hohen Schutzstatus erhalten muss. Im Falle einer Teilbebauung der Oberen Sarchhalde darf die Erschließung nur über die bestehende Schnarrenbergstraße erfolgen, damit die restlichen Hangbereiche sowie die Talaue in ihren wichtigen Funktionen als innerstädtischer Naturraum erhalten werden können.

Neben diesen für die Stadt wichtigen Entwicklungsprozessen stehen wir für die **Erhaltung der landschaftsprägenden Streuobstflächen** rund um die Stadt und die Teilorte. Sie sind wichtige Rückzugsgebiete für bedrohte Tier- und Pflanzenarten und wertvolle stadtnahe Naherholungsflächen.

Auf einen Blick:

- *Klimaschutzoffensive der Stadt konsequent voranbringen*
- *Voraussetzungen für den Umstieg auf E-Mobilität schaffen*
- *Steinenberg-Flächen unter Naturschutz stellen*
- *Ehrenamtlichen Einsatz für Natur- und Landschaftsschutz würdigen*
- *Wachstumsdebatte mit breit angelegtem Beteiligungsprozess führen*
- *Neue Leitlinien für die Stadtentwicklung aushandeln*
- *Ausweisung neuer Gewerbegebiete mit Verpflichtung zu mehrgeschossigem Bauen verbinden*

Wachstumsdebatte führen

Häufig genug stehen gerade in Tübingen die Bemühungen um den Erhalt (geschützter) naturnaher oder landwirtschaftlicher Flächen im Konflikt mit der Notwendigkeit, neue Flächen für Wohnungsbau oder Gewerbe auszuweisen. Wo und wie kann und soll Tübingen wachsen?

Im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplans haben wir uns in den vergangenen Jahren intensiv mit Fragen der Stadtentwicklung auseinandergesetzt. Wir sind für eine stark begrenzte Ausweisung weiterer Flächen für Wohnen, Gewerbe und Universität eingetreten. Die Spielräume der Innenentwicklung sind in weiten Teilen des Stadtgebiets erfolgreich genutzt worden, nun aber auch ausgeschöpft. Aus der anhaltenden Nachfrage nach Wohn- und Gewerbeflächen ziehen wir zwei Schlüsse: Es muss eine Grundsatzdiskussion über das künftige Wachstum der Stadt geführt werden – in einem klar strukturierten, von starker Bürgerbeteiligung geprägten Prozess, an dessen Ende neue Leitlinien der Stadtentwicklung stehen.

An der raschen Entwicklung des Saiben als bereits beschlossenen neuen Standort für Wohnen und Gewerbe führt aber kein Weg vorbei, wenn wir nicht Menschen mit geringeren Einkommen mittelfristig aus unserer Stadt ausschließen wollen.

Moderate Entwicklungen im Außenbereich: ökologisch und sozial innovativ

Wir wollen, dass der Saiben und die neuen Baugebiete in den Teilorten flächen- und ressourcenschonend geplant und entwickelt werden; gerade hier soll der Baustoff Holz eine wichtige Rolle spielen. Mit umweltschonenden Mobilitätskonzepten werden wir die Lebensqualität in unserer Stadt langfristig sichern.

Bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete soll die Verpflichtung zum mehrgeschossigen Bauen für sich dort ansiedelnde Betriebe den Flächenfraß einschränken; zuvor müssen alle Möglichkeiten der Nutzung von Lücken in bestehenden Gewerbegebieten geprüft worden sein. Dächer sollten nach Möglichkeit so ausgelegt werden, dass sie PV-Anlagen tragen können.

11. Digitale Agenda für Tübingen

Zu einer modernen Stadt gehören nicht nur schnelle und umweltfreundliche Verkehrswege, sondern auch der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Der digitale Wandel erfasst in rasantem Tempo alle Lebensbereiche, etwa die Arbeitswelt, die Kommunikation im Alltag und den Medienkonsum. Wir möchten, dass die mit dieser „Revolution“ verbundenen Chancen den Tübinger*innen mehr zugutekommen, als das heute der Fall ist. Muss es wirklich sein, dass wir noch persönlich in das Bürgeramt kommen müssen, um einen Pass zu beantragen, dass die Medienkompetenz unserer Kinder hauptsächlich im Freizeitbereich abgerufen wird? Und warum gibt es nicht mehr öffentliche WLAN-Hotspots, um das Surfen für die Nutzer kostenfrei zu ermöglichen?

Um das Thema Digitalisierung schnell und dezernatsübergreifend voranzubringen, fordern wir die Erstellung einer digitalen Agenda für Tübingen. Wir erwarten davon Ideen und Vorschläge, wie durch den klugen Einsatz von digitaler Infrastruktur Bürgernähe, Transparenz und Effizienz des Verwaltungshandelns gestärkt werden können. Und wir fordern, dass unsere Kinder in den Schulen auf das digitale Zeitalter gut vorbereitet werden. Um die Erledigung der unterschiedlichen Aufgaben sicherzustellen, fordern wir eine Stabsstelle „Digitalisierung“ bei der Stadtverwaltung.

Im Einzelnen:

- Ein sicheres und einfach zu bedienendes **Internetportal** zur Erledigung von Anträgen im Bürgeramt soll das persönliche Erscheinen überflüssig machen. Wir erwarten, dass der Bearbeitungsstand von Anträgen auf diesem Portal jederzeit abgerufen werden kann.
- Die von der Verwaltung vorgeschlagene **Bürger-App** für Meinungsumfragen befürworten wir als wichtige Weiterentwicklung der kommunalen Demokratie.
- Wir fordern darüber hinaus eine **Tübingen-App**. In dieser sollen alle wichtigen Informationen zu finden sein, wie z. B. Fahrpläne des ÖPNV, Abfallkalender, Zugriff auf

ein online-Fundbüro etc. Diese App soll auch eine niederschwellige Kommunikation mit der Stadtverwaltung gewährleisten. Hinweise über kleine Missstände im Alltag, wie etwa eine kaputte Straßenlaterne oder Anregungen zur Verbesserung, sollen die Stadtverwaltung so direkt erreichen können, gleichsam als digitale Weiterführung des „Scherbentelefon“. Nicht zuletzt erhoffen wir uns von dieser App endlich einen einheitlichen Veranstaltungskalender.

- Das Angebot an öffentlichen **WLAN-Hotspots** soll ausgebaut werden. Unser Ziel ist es, dass in den nächsten Jahren ein verlässliches städtisches WLAN-Netz nach dem Vorbild Heidelbergs oder Freiburgs entsteht. Besonders Jugendliche und junge Erwachsene werden diese Möglichkeit des kostenfreien Surfens nutzen und damit finanziell entlastet werden.
- Die Digitalisierung der **Medienausstattung an den Schulen** muss dringend verbessert werden. Der Medienentwicklungsplan liefert die Leitlinien dazu, er ist uns wichtig und muss zügig umgesetzt werden. Insbesondere brauchen alle Schulen Zugang zu WLAN. Darüber hinaus soll die Verwaltung in Kooperation mit der Schulverwaltung Projekte fördern, die den Einsatz digitaler Medien für eine moderne Gestaltung von Lernprozessen erproben und voranbringen. Gleichzeitig haben die Schulen die Aufgabe, auf die Gefahren ständiger und unbedachter Smartphone-Nutzung hinzuweisen. Die Unterstützung der Eltern bei der Medienerziehung ist uns ein wichtiges Anliegen. Gemeinsam mit den Elternbeiräten soll ein Diskurs darüber angeregt werden, wie das sinnvoll möglich ist.
- Ein schnelles Internet (5G) ist nicht nur für den Wirtschaftsstandort Tübingen von zentraler Bedeutung. Nur ein **flächendeckendes Glasfasernetz** kann das ermöglichen. In Tübingen müssen insbesondere die Teilorte noch besser angebunden werden. Wir stehen hinter der TüNet-Strategie der Stadtwerke und setzen uns zum Ziel, dass so früh wie möglich jeder Tübinger Haushalt an das Glasfasernetz angebunden wird.

Auf einen Blick:

- *Internetportal zur Erledigung von Anträgen einrichten*
- *Tübingen-App entwickeln*
- *WLAN-Hotspots im Stadtgebiet schaffen*
- *Schulen mit digitalen Medien ausstatten*
- *Medienerziehung stärken*
- *schnelle Internetverbindungen für ganz Tübingen herstellen*



12. Verkehr und Mobilität in Tübingen: umweltfreundlich und bezahlbar

Umweltfreundliche Lösungen weiter entwickeln

Die meisten von uns sind mal zu Fuß, mal mit Rad oder Auto oder auch mit dem Bus unterwegs. Je ein Viertel der innerstädtischen Wege in Tübingen werden zu Fuß oder mit einem der oben genannten Verkehrsmittel zurückgelegt. Dieser sogenannte Modal Split kann sich sehen lassen. Doch Tübingen wächst. Und dabei steigt die Zahl der Arbeitsplätze in den letzten Jahren noch deutlich stärker als die der Einwohner*innen, so dass immer mehr Menschen nach Tübingen einpendeln. 50.000 Menschen kommen jeden Werktag in unsere Stadt; und drei von vier nehmen dabei das Auto. Das hat Folgen, die wir allmorgendlich spüren, wenn sich der Verkehr in Unterjesingen, den Neckarteilorten, Derendingen, der Weststadt oder Lustnau staut. Mit dem zunehmenden Verkehr nehmen auch die Belastungen für die Menschen und die Umwelt zu. Wir brauchen dringend Lösungen, die zu weniger Abgasen, Lärm und Verkehr führen. Der Umstieg auf einen umweltfreundlicheren Verkehr muss attraktiver werden. Wir müssen dabei alle Arten von Verkehrsteilnehmer*innen im Blick haben. Und wir dürfen dabei nicht vergessen: Mobilität ist auch eine soziale Frage. Wer kein Auto hat oder es abgeben möchte, ist auf einen erschwinglichen ÖPNV angewiesen, sonst ist keine gesellschaftliche Teilhabe möglich.

Was haben wir erreicht?

- Auf Betreiben der SPD wurden für Kinder und Jugendliche mit BonusCard **Freizeitmonatskarten**, die **Tricky-Tickets** für 5 € und **Schülermonatskarten für 10 €** sowie für Erwachsene mit BonusCard **Monatskarten für 20 €** eingeführt.
- Der **massive Ausbau der Radwege** war für viele ein großer Schritt zu mehr Mobilität.
- **Der TüBus ist samstags gratis.**
- Beschäftigte beim Klinikum und der Stadt können ein **Job-Ticket** bekommen.
- Das **Nachtbussystem** konnte deutlich ausgebaut werden.
- Das Carsharing-Angebot von teilAuto konnte nach WHO ausgeweitet werden.

Was haben wir in den nächsten Jahren vor?

Ein modernes Verkehrssystem muss es attraktiver machen, zu Fuß, per Rad, mit dem ÖPNV und auch mit Carsharing unterwegs zu sein. Dazu gehört auch, dass Autos und E-Roller einfacher zu entleihen sind. Nur so wird es gelingen, die weitere Entwicklung von städtischer Wirtschaft, Universität und Klinikum bei geringeren Belastungen für Menschen und Umwelt zu ermöglichen.

Wir müssen es schaffen, dass Pendler*innen in großer Zahl aufs Auto verzichten. Das kann mit der Regionalstadtbahn



nachweislich erreicht werden. Aber nur mit dem Bau der Innenstadtstrecke kann sie ihre volle entlastende Wirkung auf den Verkehr in Tübingen erzielen. Nur sie führt zu einer bequemen, umsteigefreien, barrierefreien Verbindung von zahlreichen Gemeinden in der Region zu den wichtigsten Zielen und Arbeitsplätzen in unserer Stadt und umgekehrt. Bund und Land werden ca. 60 % der Kosten übernehmen. Sie kann in 10 Jahren bereits fahren.

Damit liegt die Messlatte für Alternativen, die 2019 zu Recht intensiv geprüft werden, sehr hoch. Wir werden beim Bürgerentscheid für den Bau der Innenstadtstrecke werben.

Die Regionalstadtbahn wird nicht den gesamten Busverkehr ersetzen. Daher wollen wir uns für attraktivere und umweltfreundlichere Busse stark machen. Wichtig ist uns der Aufbau einer emissionsfreien Busflotte und die Ausrüstung aller Busse mit kostenlosem WLAN.

Wir wollen den Anteil des Radverkehrs weiter steigern. Durch E-Bikes verlieren auch die vielen Höhenmeter in Tübingen ihren Schrecken. Neben dem geplanten Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof und den drei Radbrücken über Neckar, Steinlach und Bahnlinie benötigen wir mehr durchgängige, schnelle Radwegeverbindungen sowohl in der Stadt wie auch nach Reutlingen, Rottenburg oder Mössingen.

Wir treten überall dort, wo es geht, für eine Trennung der Radwege von den Fußwegen ein, um die gefühlte und tatsächliche Sicherheit der Passant*innen zu erhöhen. Sie brauchen sichere, barrierefreie und überschaubare Wege in der Stadt. Fußwegeverbindungen wollen wir verstärkt herstellen bzw. sanieren. Beispiele sind die Himmelsleiter zum Österberg oder eine Verbindung von der Käsenbachstraße zum UKT.

Schritt für Schritt zum kostenfreien ÖPNV

Das Jobticket für Beschäftigte des UKT, der Uni und der Stadtverwaltung ist ein guter erster Schritt, allerdings sollten auch Beschäftigte kleinerer Unternehmen die Möglichkeit erhalten, ein solches attraktives Jobticket zu erwerben. Noch besser ist eine Lösung, die allen zu Gute kommt: Auf SPD-Antrag hin wurden Zuschussanträge beim Bund und Land für einen kostenreduzierten bzw. ticketfreien Nahverkehr gestellt. Werden diese in ausreichender Höhe bewilligt, treten wir für einen Modellversuch eines kostenfreien Nahverkehrs über 2 Jahre ein, einhergehend mit einer deutlichen Verbesserung des Angebots.

Wenn es keine Mittel von Bund und Land gibt, schlagen wir ein von der SPD entwickeltes alternatives Modell vor: Halbierung aller Preise, TüBus umsonst für alle am Abend nach 19:00 Uhr und am Wochenende sowie durchgehend umsonst für BonusCard-Inhaber*innen. Das ist mit einer monatlichen Belastung von 5 €/Erwachsener zu stemmen, am besten durch eine Nahverkehrsabgabe, wenn das Land diese Möglichkeit eröffnet.

Es konnten bereits große Erfolge beim Ausbau des Nachtbusystems verzeichnet werden. Auf manchen Routen, gerade in die Teilorte Tübingens, mangelt es aber noch an einer stündlichen Abdeckung am gesamten Wochenende. Gerade für Teilorte ist es wichtig, auch am Wochenende die ganze Nacht angebonden zu sein. Hier wollen wir weitere Verbesserungen schaffen.

Neben einer Kehrtwende in der Preispolitik fordern wir auch eine Transparenzoffensive beim Verkehrsverbund Naldo, u.a. durch die Einrichtung eines Fahrgastbeirats nach dem Vorbild des VVS. Dessen ehrenamtliche Mitglieder sollen regelmäßig Einblick in die Arbeit des Naldo erhalten und die Möglichkeit haben, an der Gestaltung des Verkehrsverbundes mitzuarbeiten.

Weitere konkrete Verbesserungen für alle

Das Carsharing Angebot etwa von teilAuto muss für einen guten Mobilitätsmix weiter ausgebaut werden. Wie zuletzt auf WHO treten wir in weiteren Quartieren und auch in den Teilorten für einen Ausbau des Angebots ein. Die Stadt sollte auch Betriebe und Interessengemeinschaften unterstützen, die sich um die Schaffung von Carsharing-Angeboten bemühen.

In Tübingen gibt es zu viele Holperstrecken für Autos und Räder. Wir wollen in Zeiten hohen Steueraufkommens die Maßnahmen zur Straßensanierung verstärken. Wir streben die Auflösung des Einbahnstraßenrings um den Alten Botanischen Garten an, um Fahrzeiten zu verkürzen und viele Auto- und Buskilometer verzichtbar zu machen. Dazu wollen wir in den nächsten 5 Jahren die Weichen stellen. Durch die Realisierung der B 28 neu im Neckartal werden unsere Teilorte im Neckar- und Ammertal entlastet. Wir werden uns auch weiterhin für die überfällige Realisierung des Schindhaubasistunnels für die B 27 einsetzen, der der Entwicklung der Südstadt einen neuen Schub geben wird.

Auf einen Blick:

- *Regionalstadtbahn aufs Gleis setzen, Überzeugungsarbeit bei Bürger*innen leisten*
- *Radwegenetz grundlegend verbessern, mehr Schnelligkeit und Sicherheit erzielen*
- *Schritte hin zu einem kostenfreien ÖPNV gehen*
- *im Tarifsystem des Naldo mehr Transparenz für und Beteiligung von Nutzer*innen durchsetzen*
- *Carsharing-Angebote ausweiten*
- *Einbahnstraßenring um die Altstadt auflösen*
- *mehr Sicherheit und Komfort für Fußgänger*innen und gehbehinderte Menschen schaffen*
- *für Schindhaubasistunnel einsetzen*

13. Europa in der Kommune



Kommunalpolitik ist europäisch! Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns für eine weitere Verzahnung dieser Ebenen ein.

Gerade von EU-Fördermitteln und Partizipationsmöglichkeiten profitieren Kommunen und Regionen massiv, sofern es eine zuständige Stelle in der Verwaltung gibt. Diese Verantwortung wurde in den vergangenen Jahren auf den Landkreis abgewälzt und ist daher in der Stadt nicht vorhanden. Deswegen fordern wir die Einrichtung einer Europakoordination in der Tübinger Stadtverwaltung. Diese soll sich unter anderem mit der Vernetzung mit anderen Kommunen auf europäischer Ebene und der Akquise von EU-Fördergeldern beschäftigen. Auch die Information der Bürger*innen zu Beteiligungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene und zur aktuellen EU-Gesetzgebung soll

Teil der Arbeit der Europakoordination sein. Durch eine solche Stelle werden die Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf die Kommune für die Tübinger*innen stärker transparent und stehen stärker im Mittelpunkt der Gesellschaft. Die EU-Ebene ist eben nicht nur Frankfurt, Brüssel und Straßburg.

Darüber hinaus ist in Baden-Württemberg bereits ein Netzwerk an Europakoordinator*innen der Kommunen vorhanden, die auf europäischer Ebene vom Europabüro der baden-württembergischen Kommunen in Brüssel repräsentiert werden. So bestehen in vielen Stadtverwaltungen im Umkreis (z. B. in Reutlingen und Sindelfingen) schon Europakoordinationen, von deren Erfahrungen auch Tübingen profitieren könnte.

Auf einen Blick:

- *Europakoordinator*in für Tübingen*

14. Kunst... Kultur... Bildung...

Kultur in Tübingen: Geschichtspfad und Zukunftswerkstatt, LTT und ITZ (Zimmertheater), Jazz- und Klassiktage, Sudhaus und Musikschule, Museumsgesellschaft und Club Voltaire, Künstlerbund und Kunsthalle, Filmfestivals und Abo-Konzerte, Matinee und Nachtgastronomie. So vielfältig abwechslungsreich ist das Tübinger Kulturleben. – Und das sind nur wenige Beispiele aus der reichhaltigen Tübinger Kulturszene, die die Stadt prägt und für Jung und Alt attraktiv macht. Diese Vielfalt wollen wir als SPD pflegen, fördern und sichern. Dazu braucht es:

Eine gesicherte, langfristige und transparente Förderpraxis

für die Leuchttürme, aber auch für die Vereine und Institutionen des Tübinger Kulturlebens, die Basisarbeit leisten, und für neue Ideen (Vielklang, Folklang, Festival elektronische Musik...).

Kultur kann nur gedeihen, wenn die Akteur*innen genügend Spielraum haben, auch finanziellen Spielraum. Deshalb brauchen sie eine Förderung, die auf Langfristigkeit angelegt ist, damit Projekte ohne Druck entwickelt werden können. Im Kulturbereich sind viele Arbeitsplätze prekär. Ein großer Teil der Angebote beruht auf ehrenamtlicher Arbeit.

Die SPD Tübingen hat sich dafür eingesetzt, dass Regelzuschüsse auch im Kulturbereich regelmäßig erhöht werden,

damit die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen und die vielen Honorarkräfte angemessen bezahlt werden können. Wir wollen Tariflohn für alle Angestellten im Kulturbereich. Um zu sichern und zu verstetigen, was ehrenamtlich im Tübinger Kulturleben erreicht wurde, wollen wir reguläre Beschäftigungsverhältnisse fördern. So haben wir z. B. dafür gesorgt, dass das „bildungszentrum und -archiv zur frauengeschichte baden-württembergs“ eine Stelle einrichten konnte. Eine Stelle im Depot des Stadtmuseums ist auf unseren Antrag hin entfristet worden. Zusätzlich haben wir eine Stelle für Museumspädagogik beantragt.

Teilhabeberechtigung für alle Bevölkerungsgruppen

Die Teilhabe am kulturellen Angebot unserer Stadt ist ein Bürgerrecht. Sie darf nicht an finanziellen Einschränkungen scheitern. Daher haben wir die Ausweitung der Kinder-card und die Einführung von Ermäßigungen für Menschen mit geringem Einkommen beantragt und unterstützt.

Wir planen die Schaffung einer KulturCard für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende, die die kostenlose Nutzung der kulturellen Angebote Tübingens ermöglicht.

Kultur(t)räume

Chöre, Orchester, Ensembles und Bands brauchen Räume für Proben und für Aufführungen. Räume, die groß genug sind und modernen Standards entsprechen. Tübingen braucht kein Opernhaus, aber 42 Chöre und zahlreiche Orchester rechtfertigen einen mittelgroßen Konzertsaal. Dies sieht die Kulturkonzeption vor. Die SPD setzt sich dafür ein. Unser Vorschlag ist, das Uhlandbad zu einem Konzertsaal umzubauen, sofern sich die Anforderungen an einen Konzertsaal an dieser Stelle realisieren lassen. Das wäre ein verkehrsgünstiger Standort mitten in der Stadt.

Beide Tübinger Theater werden von der Stadt mitgetragen. Wir haben uns mit dafür eingesetzt, dass dem Zimmertheater beim Intendantenwechsel endlich die grundsätzliche Sanierung der Bühnentechnik ermöglicht wurde. Aber alle Kulturschaffenden brauchen Räume. Deshalb wollen wir, dass die Raumdatenbank der Stadt erweitert wird und Räume in Schulen und Hallen mietfrei zur Verfügung gestellt werden. Bei Sanierung und Neubau städtischer Gebäude soll darauf geachtet werden, dass solche Räume separat zugänglich sind.



Kulturelle Bildung für alle

Mit der Einrichtung eines städtischen Eigenbetriebs konnten wir die Tübinger Musikschule konsolidieren. Wir wollen, dass die längst beschlossene Sanierung des Gebäudes endlich in die Tat umgesetzt wird.

Die Stadtbücherei platzt aus allen Nähten. Sie muss dringend erweitert und modernisiert werden, um den heutigen Anforderungen an eine einladende, gut ausgestattete Stadtbücherei zu entsprechen.

Ein wichtiges Anliegen ist der SPD, dass das Lern- und Dokumentationszentrum für die Zeit des Nationalsozia-

lismus (LDNS) baldmöglichst in Angriff genommen wird. Auch für das Stadtarchiv muss eine tragfähige, zentrale Lösung gefunden werden. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Projekte zeitnah realisiert werden.

Literatur auf allen Wegen

Der Literaturpfad, ein Schwerpunkt in der Kulturkonzeption und wichtiges Anliegen der SPD, wird 2019 eröffnet. Gemeinsam mit dem Medientisch im Rathaus wird er allen Kulturinteressierten die Vielfalt literarischen Schaffens in Tübingen deutlich machen.

Auf einen Blick:

- *Verlässliche, langfristige, transparente finanzielle Förderpraxis*
- *Gerechte Bezahlung für Angestellte und Honorarkräfte im Kulturbereich*
- *Schaffung einer Kulturcard für Schüler*innen und Student*innen*
- *Erweiterung der Raumdatenbank um Schulen und geeignete Räume in städtischen Ämtern*
- *Bau eines Konzertsaals für Tübingen*
- *Sanierung der Tübinger Musikschule*
- *Erweiterung und Modernisierung der Stadtbücherei*
- *Einrichtung eines Lern- und Dokumentationszentrums für die NS-Zeit*

15. Freizeit und Sport

Sport- und Freizeitangebote sind wichtige Elemente einer funktionierenden Stadtgesellschaft und bieten Chancen für Begegnung, Integration und Inklusion.

Bleibende Aufgabe: gute Bedingungen für Schul- und Vereinssport schaffen

Vereins- und Schulsport leiden weiter unter den zu geringen Hallenkapazitäten, auch wenn ab 2020 die von der SPD jahrelang geforderte Leichtbauhalle die Situation in der Nordstadt entlasten wird. Ebenso unabweisbar ist für uns die Notwendigkeit des Baus einer neuen Sporthalle in der Südstadt und ein neues Hallenbad, nach Möglichkeit mit einer 50m Bahn. Schwimmunterricht, Präventions-

Freizeit- und Leistungssport dürfen nicht mehr an fehlenden Wasserflächen scheitern. Die Vorentscheidungen zu Ausgestaltung und Standort müssen zügig getroffen werden. Gleichzeitig muss das Sanierungsprogramm für Vereinssportflächen und -hallen planmäßig fortgesetzt werden. Dazu gehört auch (nach der Realisierung der Vorhaben in Lustnau und Derendingen) die von uns geforderte Ertüchtigung der Paul-Horn-Arena durch einen Lastenaufzug und mehr Lagerflächen.

Die Integrationsleistung der Vereine zu unterstützen muss ein selbstverständliches Anliegen der Kommunalpolitik sein. Dafür müssen die Vereine entsprechend ausgestat-

tet sein, mit zeitgemäßen Hallen und Freiflächen ebenso wie mit angemessenen Fördermitteln für die Kinder- und Jugendarbeit. Dafür stehen wir auch weiterhin ein.

Neue Formen von Sport- und Freizeitaktivitäten berücksichtigen

Kostenfrei nutzbare Sport- und Freizeitflächen, die allen Bürger*innen frei zugänglich sind, müssen das Angebot ergänzen. Insbesondere Jugendliche sollten ihre Freizeit unabhängig von organisierten Angeboten gestalten können. Neue Bewegungsangebote im öffentlichen Raum erlauben für alle Bevölkerungsgruppen ein Mehr an Begegnung und Fitness. Gemeinsam geplante und gestaltete Freizeitflächen, wie künftig am Rande der Alten Weberei, stehen ebenfalls ganz unterschiedlichen Gruppen offen. Mit solchen Angeboten wird die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil gestärkt, Integration im Stadtteil gefördert und der soziale Zusammenhalt vor Ort gefestigt. Auch bei der Umsetzung des Zukunftsplans für die Weststadt werden wir auf ausreichende und vielfältig nutzbare Freiflächen achten!

„Spielräume“ aller Art sind Voraussetzung für unterschiedlichste gemeinsame Freizeitaktivitäten, vom Platz zum Chillen über Parcours- bis hin zu Bolzplätzen. Die Tübinger Stadtplanung muss solche Freiräume künftig stärker berücksichtigen; sie sind Begegnungsorte ebenso wie Rückzugsräume, die auch zur Vermeidung von Konflikten dienen können. Beispielhaft kann das Programm „Soziale Stadt“ für WHO dazu dienen, Kinder und Jugendliche von vornherein in Planungsprozesse für die künftige Quartiersentwicklung einzubeziehen, so wie das erfolgreich bei der Realisierung des Jugendcafés an der Europastraße geschehen ist.

Sport ist nicht nur Männersache!

Bei der Finanzierung des Sports ist deshalb darauf zu achten, dass Angebote gefördert werden, die besonders für Frauen und Mädchen (gerade auch für Migrantinnen) attraktiv sind. Soweit die Stadt private Initiativen und Vereine bei der Einrichtung spezieller Förderprogramme unterstützt, sollten gerade solche Programme ausgewählt werden, die dieser Notwendigkeit Rechnung tragen.



Auf einen Blick:

- Sport-/Mehrzweckhalle für die Südstadt rasch ermöglichen
- neues Hallenbad auf den Weg bringen
- Sanierungsprogramm für Hallen und Sportflächen nach Plan fortsetzen
- mehr kostenlos nutzbare Sport- und Freizeitflächen schaffen
- attraktive Sportangeboten für Mädchen und Frauen ermöglichen

16. Jugendpolitik und Nachtleben

Tübingen ist eine der jüngsten Städte Deutschlands. Junge Menschen prägen das Lebensgefühl der Stadt mehr als andere Bevölkerungsgruppen. Leben in Tübingen muss Spaß machen. Vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung müssen bereitgehalten werden, von Sport über Kultur bis zum Nachtleben.

Die SPD möchte die Vielfältigkeit des Tübinger Angebots fördern und unterstützen. Unser Ziel muss es daher sein, mehr junge Menschen in die Kommunalpolitik einzubinden und darauf zu achten, dass die Belange von jungen Menschen in unterschiedlichen Politikfeldern mehr Beachtung finden.

Jugendgemeinderat

Seit mehr als 20 Jahren gibt es in Tübingen einen Jugendgemeinderat, dessen Arbeit die SPD regelmäßig verfolgt und unterstützt. In der vergangenen Wahlperiode hat der JGR das Antragsrecht erhalten, so dass er jetzt unmittelbar politische Entscheidungen beeinflussen bzw. jugendspezifische Forderungen direkt in den Gemeinderat einbringen kann.

Stärkung der Jugendleiter*in-Card (Juleica)

Wenn sich junge Menschen ehrenamtlich engagieren, sollte dies gewürdigt werden. Jugendleiter*innen machen eine Ausbildung nach festgeschriebenen Standards, sie geben den Interessen von Kindern und Jugendlichen eine Stimme und setzen sich für die Belange der jungen Generation ein. Als Nachweis für diese Ausbildung können sie die Juleica beantragen. Diese Karte soll ihre Arbeit würdigen und ihnen Vergünstigungen bieten. In Tübingen gibt es jedoch keinerlei Vergünstigungen. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Juleica auch in Tübingen anerkannt wird und mit der Karte z. B. verbilligte Kino- und Hallenbadbesuche möglich gemacht werden.

Räume für junge Menschen in der Stadt

Die SPD war ein wichtiger Partner des JGR bei der Einrichtung des Jugendcafés am Anlagenpark. Das Jugendcafé wird gut angenommen und die Veranstaltungen von Politik bis Poetry und Party sind gut besucht. Jetzt werden wir uns dafür einsetzen, dass von den angrenzenden Vorräumen ein Raum so umgestaltet wird, dass Gespräche in Kleingruppen oder Einzelgespräche mit Besucher*innen ungestört stattfinden und Verwaltungstätigkeiten in Ruhe erledigt werden können. Zudem sollen dem Jugendcafé mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um so für mehr Personal und längere Öffnungszeiten zu sorgen.

Jugendliche brauchen Anlaufstellen in den Quartieren. So wird z. B. in der Alten Weberei im kommenden Jahr mit

Beteiligung Jugendlicher ein Jugendhaus eingerichtet. Im Beteiligungsprozess „Soziale Stadt“ auf WHO sind ebenfalls Jugendliche in die Planung einbezogen. Ziel muss es sein, dass in jedem Stadtteil ein Begegnungsort für junge Menschen eingerichtet wird.

Freies WLAN in der ganzen Stadt

Junge Menschen sind flexibel und gut vernetzt. Das Smartphone gehört zum täglichen Leben. Damit es möglich ist, jederzeit und überall mit Freund*innen zu kommunizieren, oder Informationen aus dem Internet herunter zu laden, braucht es ein verlässliches städtisches WLAN-Netz nach dem Vorbild von Heidelberg oder Freiburg. Dafür werden wir uns einsetzen.

Junges Nachtleben in unserer Stadt

Tübingen ist eine Universitätsstadt, deren Club- und Bar-Kultur das Leben in Tübingen attraktiv macht. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses Angebot erhalten wird. Wichtig ist dabei, die Interessen der Anwohner und der Nachtschwärmer gleichermaßen zu beachten und Konflikte präventiv zu begegnen.

Wir setzen auf gemeinsame Aktionen mit den Nachtgastromom*innen zur Verbesserung des nächtlichen Zusammenlebens in der Stadt: Lärm und Müll müssen auf ein erträgliches Maß zurückgefahren werden, damit in der Tübinger Innenstadt auch weiterhin Jung und Alt, Familien und Studierende wohnen können. Die SPD setzt auf Prävention und Vermittlung. Deshalb müssen die runden Tische mit der Anwohnerschaft, Nachtschwärmer*innen und Gastronomie weitergeführt bzw. erweitert werden. Verbote sind für uns keine Lösung. In der zu Ende gehenden Wahlperiode hat der Gemeinderat die Stellen für Streetworker und für Ordnungsbeamte erhöht und das Präventionsprogramm CTC (Communities that care) initiiert. Wir fordern die Einrichtung eines/r Nachtbürgermeister*in nach Mannheimer Modell, um aufzuklären, zu vermitteln und um Rücksichtnahme einzufordern. Wir stehen auch dafür ein, dass ausgehandelte Regeln zur Begrenzung von Lärm, Müll und Vandalismus eingehalten werden. Die Initiative der Stadt, die Streetfood-Gastronomie zur Ausgabe von Mehrweggeschirr zu verpflichten, unterstützen wir.

Zur vielfältigen Stadtkultur gehört auch der Bierkeller als die studentische Kneipe Tübingens. Inzwischen steht fest: In den jetzigen Räumlichkeiten kann er leider nicht erhalten bleiben und muss dort 2019 schließen. Wir werden uns deshalb dafür stark machen, dass ein Alternativstandort gefunden wird und der Bierkeller nicht endgültig schließen muss.

Auf einen Blick:

- mehr Räume für junge Menschen in den Stadtteilen
- Erweiterung des Jugendcafés
- Freies WLAN in der Stadt
- Aktionen für weniger Lärm und Müll in der Altstadt
- z. B. Runde Tische mit Anwohner*innen, Nachtgastronomie und Nachtaktiven
- Einrichtung eines/r Nachtbürgermeisters/in



17. Starke Teilorte prägen das Tübinger Gemeinwesen

Die SPD steht zu starken und selbstbewussten Teilorten. Die Vielfalt Tübingens wird gerade auch durch sie geprägt. Die örtlichen Rathäuser mit den Verwaltungsstellen sind wichtige Anlaufstellen für ihre Bewohner*innen. Sie sind die Bürgerbüros „vor Ort“; wir unterstützen deren Modernisierung und barrierefreien Ausbau. Wir schätzen die Eigenständigkeit und den Gemeinsinn in unseren Teilorten, die sich im großen ehrenamtlichen Engagement der Vereine und in der wichtigen Arbeit der Ortschaftsräte äußern. Dies gilt es zu erhalten.

Lebensqualität in den Teilorten erhalten und fördern

Mit den beschlossenen Baugebieten eröffnen sich weitere Entwicklungschancen in den Teilorten. Durch das Zwischenerwerbsmodell ist ein erster Schritt zur Dämpfung der Baulandpreise erreicht. Bei der Aufstellung der Bebauungspläne wollen wir uns dafür einsetzen, dass bei aller Notwendigkeit zu flächen- und ressourcensparendem Bauen der Charakter der Teilorte erhalten bleibt. Über das Programm „Fairer Wohnen“ soll auch in den Teilorten bezahlbarer Wohnraum für Menschen aller Altersgruppen entstehen. Innovative Projekte für besondere Zielgruppen, etwa für junge Familien oder für altersgerechtes Wohnen, begrüßen wir ausdrücklich.

Zu einer guten Lebensqualität in den Teilorten zählt, dass

die Menschen auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Das in allen Teilorten begonnene Projekt „Seniorenleben & Pflege“, durch das dezentrale, den Bedürfnissen der jeweiligen Ortschaft angepasste Lösungen gefördert werden, findet deshalb unsere volle Zustimmung.

Mit dem nun endlich begonnenen Bau der B 28-neu eröffnet sich die Chance zur Aufwertung der Ortschaften im Neckartal. Ergänzende, verkehrslenkende und verkehrsberuhigende Maßnahmen werden notwendig sein, um die Wohn- und Lebensqualität entlang der bisher stark belasteten Ortsdurchfahrten zu verbessern und den betroffenen Teilorten wieder eine Mitte zu geben.

Wir setzen uns für die Sicherstellung oder Wiederherstellung einer bedarfsgerechten Grundversorgung in den Teilorten ein. Orte der Begegnung, Läden, Gaststätten, Arztpraxen sind ebenso wichtig für ein funktionierendes Gemeinwesen wie Kitas und Grundschulen.

Neben den vielen Vereinen stärken die Tübinger Feuerwehren den gesellschaftlichen Zusammenhalt und tragen Sorge für die Sicherheit in unserer Stadt. Die Anforderungen an die Feuerwehr haben sich verändert. In den kommenden Jahren werden wir uns deshalb für die Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans und Investitionen in die Feuerwehrhäuser in unseren Teilorten einsetzen.

Neben diesen für alle Teilorte gültigen Forderungen sehen wir folgende spezifische Entwicklungen als notwendig an:

BEBENHAUSEN

Bebenhausen mit Kloster und Schloss ist ein viel besuchter Touristenmagnet auf Tübinger Gemarkung. Daraus resultieren immer wieder problematische Verkehrssituationen. Wir unterstützen deshalb Maßnahmen zur Beruhigung des Verkehrs und zur Aufwertung der historischen Ortsmitte.

BÜHL

Erfolgreich hat sich die SPD für den mittlerweile im Bau befindlichen Hochwasserschutz und einen verbesserten Lärmschutz entlang der B 28 neu eingesetzt. In den „Oberen Kreuzäckern“ wird nun das erste Neubaugebiet in den Teilorten entstehen. Wir unterstützen die Forderungen des Ortschaftsrats, dort bauliche Voraussetzungen für eine Pflegeeinrichtung zu schaffen und sehen ebenso weiteren Bedarf für die Kinderbetreuung.

HAGELLOCH

Erfolgreich haben wir uns für den Neubau einer Kindertagesstätte in Hagelloch eingesetzt. Jetzt muss es bei den für Hagelloch so wichtigen Projekten Seniorenwohnen und Neugestaltung der Ortsmitte voran gehen.

HIRSCHAU

Mit dem Bau der B 28-neu kann Hirschau endlich von dem gewaltigen Durchgangsverkehr befreit werden. Nun werden verkehrsberuhigende Maßnahmen erforderlich. Als große Projekte stehen in Hirschau wichtige Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Grundschule sowie die Entwicklung eines neuen Wohnquartiers auf der Agenda. Das von bürgerschaftlichem Engagement getragene Projekt „Quartier 2000“ finden wir sehr gut und setzen uns im Gemeinderat für die Schaffung eines Stadtteiltreffs ein.

KILCHBERG

Mit viel eigenem Engagement und Unterstützung der Stadt haben sich die Kilchberger mit der Dorfscheune einen lebendigen Stadtteiltreff geschaffen. Nun sollte in den nächsten Jahren das gesamte Ensemble in diesem Bereich zu einer ansprechenden Ortsmitte umgestaltet werden.

Viele noch immer bewirtschaftete Streuobstwiesen prägen die Umgebung des Ortes. Die SPD unterstützt und anerkennt die Bemühungen zu deren Pflege. Das bereits projektierte Schuppengebiet Kilchberg/Bühl soll nun endlich realisiert werden.

PFRONDORF

Der von uns unterstützte Neubau des Feuerwehrhauses konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Zur Verbesserung des Wohnraumangebots soll die Erschließung der neuen Wohnbau- und Gewerbeflächen zügig vorangehen. Mit der Anwendung der Handlungsgrundsätze aus „Fairer Wohnen“ wollen wir jungen Familien die Chance bieten, sich mit ihren Kindern in Pfrondorf niederzulassen. Entsprechend muss das Kinderbetreuungs- und Grundschulangebot weiter verbessert werden. Im neuen Baugebiet müssen auch mehr Pflegeplätze und gemeinschaftliche Wohnformen entstehen.

UNTERJESINGEN

Unterjesingen und seine Ortsdurchfahrt sind nach wie vor schwer belastet. Vom Ausbau der Ammertalbahn erhoffen wir uns eine spürbare Entlastung, sehen dort aber noch Defizite beim Lärmschutz. Auch unterstützen wir die Ortschaft bei den Plänen zur Umgestaltung der Ortsdurchfahrt. Zum Schutz der Anwohner halten wir die baldige Umsetzung der Planung für dringend notwendig. Die Initiativen für gemeinschaftliches Wohnen im Alter werden wir fördern.

WEILHEIM

Nach Bühl und Pfrondorf soll nun auch in Weilheim mit der Planung für das neue Baugebiet Hinter den Gärten/Ölacker 2 begonnen werden. Dank der bereits vorhandenen, guten Infrastruktur wird dies die Attraktivität von Weilheim weiter erhöhen. Nachdem in den vergangenen Jahren mit unserer Unterstützung für den Ausbau der Kinderbetreuung gesorgt wurde, setzen wir uns dafür ein, dass auf frei verfügbaren Bauflächen vor allem bezahlbare Wohnungen für junge Familien entstehen können.

Attraktive Teilorte sind eine Bereicherung für die gesamte Stadt!



EIN EUROPA FÜR ALLE

**KATARINA
BARLEY**



Europa gehört uns allen. Und wir alle entscheiden, in welchem Europa wir leben werden.

Mein Europa ist eine echte Gemeinschaft, in der Menschen füreinander eintreten. Hier dient die Wirtschaft den Menschen – und nicht umgekehrt.

Mein Europa bietet uns allen Schutz durch faire Gehälter und Arbeitsbedingungen. Es bewahrt die Natur. Und gemeinsam schaffen wir Wohlstand, wenn wir klug investieren. Wenn wir mehr machen für unsere Kinder, mehr für Bildung und Forschung.

Mein Europa sichert Frieden nach innen und außen, weil wir uns untereinander verständigen.

Sieht Ihr Europa ähnlich aus? Dann lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass es so kommt. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung!

Katarina Barley

#EUROPAISTDIEANTWORT

Kontakt

SPD-Ortsverein Tübingen
Karlstraße 3
72072 Tübingen

www.spd-tuebingen-2019.de
info@spd-tuebingen-2019.de

Impressum

Herausgeber: SPD-Ortsverein Tübingen
Gestaltung: PEAK.B
Agentur für Kommunikation GmbH
Fotos: SPD, fotolia.com, shutterstock.com